

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckkosten Nachrichten Dresden
Belegnummer-Sammelnummer: 25841
Kurz für Nachdruck: Nr. 20011
Schrittweite u. Hauptverteilung:
Dresden - K. L. Marienstraße 25/26

Belegnummer bei Nacht, zweimalige Jahressumme monatlich 2.40 Mk. (einschließlich 20 Pfg. für
Kaufsteuer), durch Vorbestellung 2.40 Mk. einschließlich 20 Pfg. Kaufsteuer (ohne Postgebühren)
bei Tageszeitung: Belegnummer 10 Pfg. Einzelnummer: Die einseitige 20 mm
breite Seite 25 Pfg., die 40 mm breite 40 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt
15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Werbeanzeige 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg., Offerten-
gebühren 20 Pfg. Kustodirte Kustoden gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Neff & Reichardt,
Dresden, Volkshaus-Str. 10/12 Dresden,
Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unveränderte
Schrittweite werden nicht aufbewahrt

Große Minderheitendebatte in Genf

Roch-Weser begründet den deutschen Standpunkt

Genf, 19. Sept. Der Politische Ausschuss der Völkerbunds-
versammlung begann heute mit der Beratung über die
Minderheitenfrage, die durch einen Antrag der deut-
schen Delegation vor die diesjährige Völkerbundsversam-
mlung gebracht worden ist. Gegenüber gewissen Vorfällen,
die Minderheitenfrage von einer regelmäßigen, alljährlichen
Behandlung durch die Völkerbundsversammlung auszuschalten,
verfolgt der deutsche Antrag den Zweck, das Interesse des
Völkerbundes an diesen Fragen rege zu erhalten und ins-
besondere für die Anwendung und den Ausbau der
Madriider Beschlüsse, durch die das Minderheiten-
verfahren eine gewisse Verbesserung erfahren hat, zu sorgen.
In der heutigen Vormittagsitzung des 6. Ausschusses legte
im Auftrag der deutschen Delegation Reichsminister a. D.
Roch-Weser den Standpunkt der deutschen Regierung dar.
Er führte u. a. aus:

es gewinne die Erkenntnis immer mehr Raum, daß
die Minderheitenfrage eine befriedigende Lösung
finden müsse, wenn eine politische Entspannung in
Europa erreicht werden solle.

Niemand verkenne, daß der Völkerbund in Erfüllung seiner
Aufgaben praktische Teilergebnisse erzielt habe, und doch
hänge der Völkerbund angedrückt der zunehmenden Bedeutung
des Minderheitenproblems und im Hinblick auf die gefe-
serte Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung in Bezug auf
diese Frage in die Gefahr geraten, hinter der Entwicklung
zurückzubleiben. Der Jahresbericht des Generalsekretärs sei
in Bezug auf das Minderheitenproblem sehr wenig ausgiebig.
Dieses wichtige Problem müsse in Zukunft eine seiner Tran-
sparenz angemessene Beachtung im Jahresbericht finden. „Ich
spreche“, fuhr der Redner fort, „nicht nur für die deutsche
Delegation, wenn ich, ebenso wie die Delegationen, hier eine
Erwähnung der Tätigkeit der Dreierkomitees im
Jahresbericht vermissen.“

Zu der Handhabung des Beschwerdeverfahrens,
soweit es durch die Madriider Beschlüsse verbessert worden ist,
bemerkte der deutsche Delegierte, daß die Anwendung des Be-
schwerdeverfahrens im Interesse des Schutzes der Minderheiten
noch wesentlich vervollkommen werden kann. Die Auslegung
der Bestimmungen über die Zulässigkeit von Beschwerden
müßte möglichst weitgehend gehandhabt werden.

Man begeht einen schweren Fehler, so betonte Roch-
Weser, wenn man Minderheitenpetitionen grundsätzlich
als relativ belanglose Sachen ansehen will.

Da das Minderheitenbeschwerdeverfahren bisher der einzige
Weg ist, auf dem der Völkerbund seine Garantiefunktion er-
füllt, muß besonderer Wert darauf gelegt werden, daß die
Dreierkomitees die an sie gelangenden Beschwerden mög-
lichst eingehend prüfen. Die Arbeit der Dreierkomitees
würde an Tiefe und Gründlichkeit gewinnen, wenn die Aus-
schüsse ihre Sitzungen nicht nur während der Arbeitstagun-
gen, sondern auch zwischendurch abhielten.

Es wäre dringend zu wünschen, daß die Dreierkomitees
auch möglichst weitgehenden Gebrauch von der Veröffentli-
chung ihrer Untersuchungen machten. Inhaltlich müßte
die Veröffentlichung möglichst klar gefaßt sein, insbesondere
müßte der ganze Tatbestand übersichtlich geschildert werden.
Es werde sich daher nicht umgehen lassen, neben der Neu-
berung der interessierten Regierungen auch den Inhalt der
Petitionen wiederzugeben. Jedes Ratismittel muß in der
Lage sein, sich fortlaufend über den Stand eines Beschwerde-
verfahrens zu unterrichten. Die Minderheitenfrage, so er-
klärte der deutsche Delegierte zum Schluß, ist ein allgemeines
europäisches Problem. Der Kern dieses Problems ist nicht
mehr und nicht weniger, als den Minderheiten den Schutz
ihrer Menschenrechte auf Wahrung ihres Volkstums, ihrer
Mutter Sprache, ihrer Kultur und Religion im Rahmen des
Staates, in dem sie leben, nicht nur rechtlich zu verbrie-
fen, sondern auch praktisch zu verwirklichen. Die ge-
gebenen Mittel zwischen zwei Kulturen und damit die Bor-
kämpfer des geeinten Europas sind die Minderheiten, die
ihre Kultur frei entwickeln können. Die Befriedigung und An-
näherung Europas geht nicht nur über gefallene Zollgrenzen,
sondern in erster Linie über befriedete Minderheiten.

Die Antwort Briands

Genf, 19. Sept. Die am Freitag begonnene Verhand-
lungen des politischen Ausschusses für die Minderheitenfrage
haben zu einer großen politischen Aussprache geführt. Die
große Bedeutung, die der Minderheitenfrage beigemessen wird,
geht aus der Tatsache hervor, daß der französische Außen-
minister Briand zum ersten Male an den Verhandlungen
des politischen Ausschusses teilnahm, womit von vornherein
feststand, daß der deutsche Vorstoß in der Minderheitenfrage
auf den stärksten Widerstand auf der Gegenseite
stoßen würde. In den Verhandlungen waren ferner der
polnische, rumänische, südslawische und der tschechoslowakische
Außenminister sowie die maßgebenden Vertreter anderer
Länder erschienen. Allgemein fiel dagegen auf, daß Reichs-
außenminister Dr. Curtius an den Ausführenden Verhandlungen
nicht teilnahm, obwohl ein deutscher Antrag zur Verhandlung
hand und die deutsche Regierung es übernommen hatte, die
Minderheitenfrage im politischen Ausschuss zu vertreten.

Damit war die deutsche Stellung im Ausschuss, wie all-
gemein festgestellt wurde, von vornherein wesentlich ge-
schwächt.

Die Erklärung des deutschen Vertreters Roch-Weser
wurde zunächst durch den Vertreter der österreichischen

Regierung unterstützt, der der deutschen Regierung für die
Aufstellung dieser bedeutsamen Frage danke, auf die Er-
klärung des früheren Bundeskanzlers Dr. Seipel hinwies
und die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Behandlung der
Minderheiten in verschiedenen Staaten und die dadurch ge-
schaffene Bedrohung des Friedens betonte. Der Vertreter
der albanischen Regierung, der unter anderem betonte,
daß der Schutz der Minderheiten heute die dringende Auf-
gabe des Völkerbundes darstelle, verlangte die Schaffung
eines ständigen Minderheitenausschusses.

Unter allgemeiner Spannung ergriff lobann der fran-
zösische Außenminister Briand völlig unerwartet das
Wort zu einer großen Rede, in der er den deutschen
Standpunkt in der Minderheitenfrage in allen Punkten
angriff und den heutigen Minderheitenschutz durch den
Völkerbund als völlig unzureichend und zufriedenstellend
bezeichnete.

Briand erklärte, der Minderheitenschutz sei eine sehr
heikle Aufgabe, die nur mit größter Vorsicht angefaßt werden
müsse. Es dürfe nichts getan werden, was Nervosität oder
Unruhe innerhalb der Staaten hervorrufen könnte. In
Madriid sei einstimmig eine Neuordnung des Minder-
heitenverfahrens getroffen worden, die als befriedigend und
ausreichend angesehen werden könne. Niemand könne be-
haupten, daß der bisherige Minderheitenschutz des Völker-
bundes ungenügend sei, und daß die Interessen der Minder-
heiten nicht genügend gewahrt würden; es liege daher kein
Grund vor, sich über die Behandlung der Minderheiten durch
den Völkerbund zu beklagen.

Briand schloß nachdrücklich die Schaffung eines stän-
digen Minderheitenausschusses ab, wobei er erklärte,

er könne sich nicht vorstellen, womit sich ein solcher
Ausschuss befassen solle.

Die Minderheiten hätten jederzeit die Möglichkeit, ihre Be-
schwerden vor den Völkerbundsrat zu bringen; es bestünden
weitgehendste Sicherheiten für eine gerechte und sachliche
Prüfung dieser Beschwerden. In Frage kämen lediglich Be-
schwerden einzelner Minderheiten, nicht Klagen ge-
schlossener Minderheitengruppen, die nur den Frieden ge-
fährden könnten. Es liege zur Zeit keinerlei Veranlassung
vor, eine Änderung der Madriider Beschlüsse vor-
zunehmen. Die bisherige Regelung gebe den Minderheiten
die Möglichkeit, in aller Offenheit ihre Klagen vor den
Völkerbundsrat zu bringen.

Ein eigenartiges Zusammentreffen war es, daß gerade
während der schwierigen und außerordentlich ersten Ver-
handlungen über die Minderheitenfrage das Luftschiff „Graf
Zeppelin“ das Völkerbundssekretariat überflog und der
Kärm seiner Motoren für einige Augenblicke die Angriffe
gegen die deutschen Minderheitenforderungen verstummte
ließ.

Die Unterredung zwischen Curtius und Briand

Genf, 19. Sept. In der Unterredung zwischen Briand
und Dr. Curtius am Donnerstagabend sind — wie verlautet —
die grundsätzlichen Fragen der gegenwärtigen deutschen Außen-
politik, insbesondere die Frage der Vorkführung der von Dr.
Stresemann bestimmten Außenpolitik, eingehend berührt
worden. Ferner sind die letzten Verhandlungen des Völker-
bundes über die Abrüstungsfrage und die pa-
n-europäischen Beschlüsse besprochen worden.

Wie von französischer Seite mitgeteilt wird, hat im Mittel-
punkt der Unterredung das Ergebnis der Reichstags-
wahlen gestanden. Briand soll hierbei den Standpunkt der
französischen Regierung dargelegt haben.

Auflösung des Preußenlandtages gefordert

Scharfer Vorstoß der Wirtschaftspartei

Berlin, 19. Sept. Abg. Vadenborff hat namens der
Fraktion der Wirtschaftspartei im Preussischen Land-
tag einen Antrag eingebracht, wonach der Landtag mit so-
fortiger Wirkung aufgelöst werden soll. Der Antrag wird
wie folgt begründet: „Nach dem Ergebnis der Reichstags-
wahlen steht fest, daß hinter der heute in Preußen herrschen-
den Regierungskoalition nicht mehr annähernd die Mehrheit
des Volkes steht. Die nationalsozialistische Partei, die
im Preussischen Landtag noch nicht fraktionsmäßig besteht,
ist in Wirklichkeit heute die zweitgrößte Partei Preußens.“

Preußen und die nationalsozialistische Bewegung

Berlin, 19. September. Der nationalsozialistische Abgeord-
nete K. F. F. Meine, hatte in einer kleinen Anfrage den Be-
schluß des preussischen Staatsministeriums kritisiert, durch den
den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Behörden und
Staatsbetriebe die Zugehörigkeit zur nationalsozialistischen
Partei verboten wird. Auf die Frage, ob das Staatsministeri-
um erwarte, daß der Fragesteller, der Justizoberrent-
meister ist, in Konsequenz des Beschlusses, das Mandat
seiner Wähler und die Zugehörigkeit zur national-
sozialistischen Partei aufzugeben oder aus seinem Staats-
amt auszuscheiden, laute die Antwort der Regierung: Das
Staatsministerium erwarte, daß der Fragesteller die Teil-
nahme an der NSDAP aufgibt oder aus dem Staatsdienste
ausscheidet. Die letzte Frage, ob das Staatsministerium, da
der Fragesteller beides nicht zu tun gedenke, gegen ihn das
Disziplinarverfahren einzuleiten werde, wird dahin beantwortet,
daß das Staatsministerium zu gegebener Zeit darüber ent-
scheiden werde.

Die Nationalsozialisten fordern für Gregor Straker das sächsische Innenministerium

Dresden, 19. Sept. Auf das von uns bereits mitgeteilte
Schreiben der Wirtschaftspartei an sämtliche bürger-
liche Fraktionen des Sächsischen Landtages, in dem sie
dringend die Bildung einer verfassungsmäßigen
Regierung in Sachsen fordert, antwortet jetzt die
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei unter Bezug-
nahme auf ihren Reichstagswahlsieg, der ihre Mandatsziffer
von 14 auf 18 Mandate im Landtag erhöhen würde, in ihrem
Organ „Der Freiheitskampf“ mit folgenden Worten:
Wenn die Wirtschaftspartei die Ausschüsse ihres neuen
Verlufes wissen will, so sei ihr verraten, daß das ganz und
gar von ihrer Stellungnahme zur NSDAP abhängt ist. —
Die Frage kann also nur lauten:
Ist die Wirtschaftspartei einflusslos, und von vorn-
herein das Innenministerium einzuräumen? Wenn ja, dann
darf sich die Wirtschaftspartei wiederum darüber klar wer-
den, daß als

sächsischer Innenminister nur Gregor Straker
in Frage kommt.

Die Zeiten sind vorbei, in denen die Parteien so lang
fuhhandelten, bis jede etwas geerbt hatte. — Wir bleiben bei
den einmal gestellten Bedingungen und machen von deren
Annahme überhaupt unsere Beteiligung abhängig! Der
Nationalsozialismus hat bewiesen, daß er heute eine Macht ist,
und ist sich seiner Bedeutung und geschichtlichen Sendung be-
wußt. Wir machen halbe Maßnahmen nicht mehr mit. Ent-
weder man regiert antimarxistisch nach unserem Willen
oder wir bekämpfen jeden anderen Versuch so lange, bis sich
die Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien vor dem ganzen
Volke erneut offenbart. — Dann haben die Wähler wieder
das Wort!

Kein Weiterverfolgen der Wahlreform?

Berlin, 19. September. Reichspräsident v. Hindenburg
kehrt am Sonnabend nach Berlin zurück. Wie es heißt, wird
der Reichspräsident nach seiner Rückkehr eine erneute Be-
sprechung mit dem Reichsfinanzminister Dr. Brüning haben. In
der nächsten Woche will sich dann die Reichsregierung in einer
Kabinettsitzung darüber schlüssig werden, welche Gesetzesvor-
lagen sie dem Reichstag unterbreiten wird.

Wie es heißt, ist man in der Regierung geneigt,
die vor dem Wahlkampfe bereits ausgearbeitete Wahl-
reform nicht weiter zu vertreten, da sich im Reichs-
tag höchstwahrscheinlich doch die notwendige Zwei-
drittelmehrheit für dieses verfassungsändernde Gesetz
nicht erreichen läßt.

Wenn nun weiter gefragt worden ist, daß die Regierung be-
absichtige, sozusagen mit Ermächtigungsgesetzen zu
regieren, so ist demgegenüber darauf hinzuweisen, daß Dr.
Brüning, wenn er den Versuch macht, einer festen Koalitions-
bindung auszuweichen, ein Ermächtigungsgesetz kaum erhält,
da ja auch für dieses Gesetz wiederum eine Zweidrittelmehr-
heit notwendig ist.

Die Reichsregierung zur Youngplan-Revision

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 19. Sept. In der französischen Presse ist die Be-
hauptung aufgestellt worden, daß die Reichsregierung auf
Grund des Wahlergebnisses die Revision des Young-
planes schon in nächster Zeit verlangen würde. Zur
Stützung dieser Behauptung hatte man in französischen
Blättern auch die Kundfunktende des Reichsfinanzministers Dr.
Wirth herangezogen und wollte aus dieser herausgelesen
haben, daß selbst ein Mann wie Dr. Wirth sich für die
sofortige Revision der Youngverträge ausgesprochen habe.
Demgegenüber wird aber jetzt von selten des auswärtigen
Amtes erklärt, daß kein Mitglied des Reichskabinetts, auch
Dr. Wirth nicht, jemals Neuerungen getan habe, aus denen
geschlossen werden könne, daß die Reichsregierung unter Bezug
auf den Wahlausfall eine Revision des Youngplanes erstrebe.
Man erklärt weiter, daß zwar auch die Reichsregierung sich
über die Schwere der uns durch den Youngplan auferlegten
Lasten im Klaren sei, daß aber an eine Revision des doch erst
unlängst in Kraft getretenen Youngplanes erst gedacht werden
könne, wenn die Stimmung dazu in den übrigen Ländern zeit-
genug sei.